



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

Weihnachten steht vor der Tür, ein Fest der Freude, aber auch der Besinnung und inneren Einkehr. Darum wollen wir kurz innehalten und reflektieren, welche Erfahrungen wir im vergangenen Jahr gemacht haben. Welche Erlebnisse sind uns unvergesslich geblieben? An was erinnern wir uns gerne? Welche Geschehnisse haben uns traurig gemacht?

Und wir wollen an die vielen Flüchtlinge in der ganzen Welt denken und an

ihr schweres Schicksal, aus der Heimat vertrieben worden zu sein und sich in der Fremde zurechtfinden zu müssen. Denken wir an die über eine Million Menschen, die ihr Zuhause verlassen hat und nun hofft, bei uns zumindest vorübergehend oder vielleicht sogar auf Dauer eine neue Heimat zu finden.

Bislang haben wir es im Großen und Ganzen geschafft, diesen Neukömmlingen unser freundliches Gesicht zu zeigen. Es macht mich glücklich und zufrieden, in einem Land zu leben, wo Menschen anderen Menschen

mit so viel Freundlichkeit, Offenheit, Entgegenkommen und Hilfsbereitschaft begegnen, wie wir es in diesem Jahr erleben durften. Ich wünsche mir sehr, dass diese Herzlichkeit im kommenden Jahr anhält.

Ich wünsche Ihnen allen ein Frohes und Gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und gesundes Neues Jahr 2016.

Ihr



...und könnten es doch immer wieder finden...

als Helfende und Gestützte, als Ratende und Beratene, Tröstende und Getröstete, als Schenkende und Empfangende, Suchende und Angenommene, als Liebhabende und Geliebte ...
In diesem Sinne wünsche ich frohe und gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2016.

Staatssekretär Fuchtel zu Besuch im Wahlkreis

Welche Möglichkeiten gibt es, für die vielen Flüchtlinge in unserem Land eine Beschäftigung zu finden? Dieses Thema stand im Mittelpunkt des Besuches des parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Hans-Joachim Fuchtel am 14. Dezember in Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde.

Bei der Handwerkskammer diskutierten wir mit Vertretern von HWK und IHK über Möglichkeiten der Integration von Menschen mit Aufenthaltstiteln in den Arbeitsmarkt. Ich wies darauf hin, dass es nicht nur politisches, sondern auch wirtschaftliches Engagement bedarf, um Beschäftigung und ein besseres ökonomisches Gleichgewicht in der Welt zu schaffen. In der Europa-Universität Viadrina sprachen wir mit dem Präsidenten Prof. Dr. Andreas Wöll und seinen Mitarbeitern Jürgen Grünberg und Petra Weber über deren internationale Netzwerkarbeit. Die guten Kontakte der Universität nach Osteuropa, vor allem auch in die Ukraine, sind eine gute Voraussetzung für zukünftige Projekte des BMZ.

Ein kleiner Gang durch die Stadt führte uns in den Weltladen von Puerto Alegre e.V., der mit viel ehrenamtlichem Engagement geführt wird. Ich habe vor über einem Jahr als Vorstandsmitglied den Umzug des Ladens ins Stadtzentrum begleitet und freue mich sehr, dass der faire Handel auch von vielen Frankfurtern unterstützt wird. Staatssekretär Fuchtel betonte, dass die Kommune hier noch ein deutlicheres Zeichen zur Unterstützung der Vereinsarbeit setzen könne, indem



Auf dem Werksgelände der Firma Reuther STC: Firmenchef Finn Melgaard (links), Staatssekretär Fuchtel (Mitte) und ich im Gespräch mit Auszubildenden aus Griechenland.

sie z.B. Kriterien der ökosozialen Beschaffung umsetzen würde.

In Fürstenwalde besuchten wir die Firma Reuther STC. Sie ist eine der ersten in meinem Wahlkreis, die für Asylbewerber Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen hat. Zudem sind über das EU-Programm „MobilPro“ regelmäßig Praktikanten und Auszubildende aus Griechenland im Betrieb. Hauptmotivation für den Geschäftsführer für diese Personalpolitik ist die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt: Es wird schwieriger, geeignete Bewerber für eine Ausbildung zu finden. Zudem wird eine internationalere Aufstellung für Firmen immer wichtiger, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Eine sehr internationale Gesprächsrunde erlebten wir dann im Oberstufenzentrum Palmni-

cken, wo wir mit Schülern aus verschiedenen Ländern über Bildung diskutierten. Aus eigener Erfahrung konnten sie berichten, dass die Berufsausbildung in vielen Entwicklungsländern mangelhaft ist. Auf der anderen Seite wird der Wert einer Facharbeiterausbildung in Deutschland oft nicht geschätzt.

Zum Abschluss waren wir beim Verein für Jugendarbeit und Soziales zu Gast. Seit einem Jahr gibt es dort die Arbeitsstelle „Globales Lernen an Oder und Spree“, die u.a. entwicklungspolitische Bildungsarbeit für alle Generationen anbietet. Das Entwicklungshilfeministerium fördert diese Arbeit, um auch hier in Deutschland ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge und individuelle Verantwortung zu schaffen.

Fluchtdynamiken besser steuern

Am vergangenen Donnerstag, den 16.12.2015, kamen Vertreter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks in der Parlamentarischen Gesellschaft zusammen. Zur Diskussion standen dabei Fragen darüber, wie Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe und Krisenprävention ausgerichtet sein müssten, um die aktuellen Flüchtlingsdynamiken weitestgehend positiv beeinflussen zu können. Das Zusammentragen analytischer Perspektiven aus der Wissen-

schaft sollte in Verbindung mit Sichtweisen aus der Praxis der Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe Lösungsansätze zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aufzeigen.

Prof. Dr. Bernhard Trautner vom DIE verwies im Zuge des Austausches darauf, dass der Fokus politischer Bemühungen verstärkt darauf liegen sollte, weitere Destabilisierungen in angeschlagenen Staaten zu verhindern. So solle beispielsweise auch eine vermehrte Unterstützung von Staaten des Nahen Ostens bei der Aufnahme von Binnenflüchtlings im Nordirak und der in den Libanon Geflüchteten erfolgen. Matthias Mogge, Vertreter des VEN-

RO, setzte sich in diesem Zusammenhang dafür ein, die Perspektiven der Menschen vor Ort durch den Bau von Infrastruktur, Investitionen in Bildungssysteme und der Schaffung von Freizeitangeboten zu stärken. Zudem betonte er die Abhängigkeit dieser Menschen von der humanitären Hilfe und appellierte, ihnen mehr Eigenständigkeit zuzutrauen.

Auch ich unterstütze die Ansicht, dass sich Deutschland, neben der Rolle, die es momentan in der Bewältigung des Flüchtlingszustroms in Europa einnimmt, auch weiterhin aktiv mit den Fluchtursachen vor Ort auseinandersetzt.

Die Pflegeleistungen werden verbessert

Mit dem im Januar 2016 in Kraft tretenden verabschiedeten Pflegestärkungsgesetz II leiten wir einen Paradigmenwechsel in der vor 20 Jahren gegründeten Pflegeversicherung ein.

Der Begriff der Pflegebedürftigkeit wird neu definiert, wobei alle Aspekte der Pflegebedürftigkeit, unabhängig davon, ob diese auf körperlichen, psychischen oder kognitiven Beeinträchtigungen beruhen, einbezogen werden.

Maßstab für die Einstufung ist zukünftig der Grad der Selbstständigkeit einer Person in allen pflegerlevanten Bereichen. Allein durch diesen Aspekt werden mittelfristig bis zu 500.000 Menschen neu Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung erhalten (Eine ausführliche Übersicht finden Sie auf meiner Homepage).



Unsere Praktikantin Fritzi Ehlert verabschiedet sich nach zwei Monaten Praktikumszeit aus dem Berliner Büro. Ich danke ihr herzlich für ihre große Unterstützung und Hilfe.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr



Weihnachtsfeier mit meinen Mitarbeitern

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Politik trifft Wissenschaft zum Thema Transparenz



Spannende Diskussion im Eisenhüttenstädter Restaurant „Aktivist“.

Nach dem Nikolauswochenende wurde im Eisenhüttenstädter Restaurant „Aktivist“ im Rahmen von „Politik trifft Wissenschaft“ diskutiert.

Der Hydrologe Prof. Dr. Christoph Hinz von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) meinte, dass Transparenz eine essentielle Voraussetzung ist, um Wissenschaft durchzuführen. Ein Eckstein ist die Kommunikation der wissenschaftlichen Methoden.

Die Moderatorin Marina Marquardt verwies darauf, dass die Sprache in allen Bereichen komplizierter wird, in denen Themen komplexer werden. Also fordert das den Leser bzw. Wähler zur ständigen Weiterbildung heraus. Wenn diese nicht erfolgt, hat er das Gefühl, weniger zu wissen, nicht ausreichend informiert zu werden. Für mich ist Transparenz Voraussetzung für politisches Handeln, welches aber optionales

Handeln ist – deshalb ist der Anspruch einer größtmöglichen Transparenz schwer zu erfüllen.

Die Kommunikation ist gerade für Wissenschaftler eine Herausforderung. Innerhalb der Wissenschaft mag sie noch gelingen, aber aus der Wissenschaft heraus in die Gesellschaft ist es schwierig. Hier müssen Meldungen interessant genug sein, um veröffentlicht zu werden.

Die Frage nach der Unabhängigkeit der Wissenschaft beantwortete Hinz mit seinen Erfahrungen im englischsprachigen Ausland: „Zuerst einmal muss man davon ausgehen, dass Wissenschaftler integer handeln, also wertfreie Forschung machen. Transparenz hat eine selbstregulierende Wirkung. In englischen wissenschaftlichen Zeitschriften muss bei Berichten über Forschungsprojekte deklariert werden muss, wo-

her das Forschungsgeld kommt. Das wirkt Interessenskonflikten entgegen.“ Die angeregte Diskussion mit dem Publikum erbrachte, dass es den Druck gibt, in kurzer Zeit möglichst viel zu erfahren – die Information ist dann zwangsläufig nur oberflächlich. Im deutschen Bildungssystem gibt es eine mangelnde Qualitätskontrolle, z.B. bei der Zulassung zur Universität. Hier greift die Politik zu stark ein.

Auch die Organisationsstrukturen im Bildungsbereich sind problematisch: Anweisungen werden „von oben nach unten“ durchgegeben, aber es gibt keine Regelungen für Feedback. Verwaltungskriterien passen z.T. nicht zur Praxis, so dass an Universitäten wenig internationaler Personalaustausch stattfindet. Ein „Dickicht“ an gesetzlichen Regelungen führt dazu, dass keine persönliche Verantwortung übernommen und das System unflexibel wird.